

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am Vorabend der Unterhauswahlen.

Günstige Aussichten der Arbeiterpartei.

London, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Bis Mittwoch nacht sind lediglich die Wahlergebnisse von 224 der 564 Wahlkreise zu erwarten. Die übrigen Wahlergebnisse werden erst am Donnerstag, die letzten sogar erst am Freitag feststehen. Unter den erst für Donnerstag zu erwartenden Ergebnissen befinden sich auch die Wahlergebnisse verschiedener Minister des Kabinetts Macdonald, und zwar der Macdonalds selbst, ferner des Schatzkanzlers Snowden, des Handelsministers Webb und des Gesundheitsministers Weathley. Alle Gerüchte über die Möglichkeit einer Niederlage Macdonalds sind völlig unbegründet, hingegen ist der Sieg von Asquith zweifelhaft. Nach Berichten aus allen Teilen des Landes ist die Lage für die Arbeiterpartei äußerst günstig, wenn auch immer deutlicher wird, daß die konservative Wahlboxe mit dem Bräutigam Sinowjens, dessen Echtheit immer noch umstritten ist, ihre Wirkung erzielt hat.

Frankreich und Rußland.

Heute Ueberreichung der Anerkennungsnote.

Paris, 28. Oktober. (W.T.B.) Es wird offiziell bekannt gegeben, daß die Entscheidung der französischen Regierung bezüglich der de jure-Anerkennung der Sowjetregierung jedenfalls heute zur Kenntnis der Regierung von Moskau gebracht wird. Das erste Ergebnis dieser Anerkennung werde die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sein, und es sei wahrscheinlich, daß der ehemalige Außenminister des „Temps“, Herbet, die französische Regierung in Moskau vertreten werde, während die Sowjetregierung in Paris jedenfalls durch Katschinski vertreten werden werde. Danach würden die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen eingeleitet werden, um alle Fragen zu regeln, die sich auf die russischen Schulden und das konfiszirte Privateigentum der französischen Staatsbürger in Rußland beziehen.

Deutsch-französische Annäherung.

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf einem vom Komitee für Handel, Industrie und Landwirtschaft gegebenen Bankett hat am Montag abend der französische Handelsminister erneut über die deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen gesprochen. Er führte aus, daß dieser Handelsvertrag auf lange Zeit das Wirtschaftsleben Europas bestimmen werde und stellte mit Befriedigung fest, daß auf beiden Seiten der Wunsch, zu einem praktischen Ergebnis zu gelangen, gleich groß sei. Wenn auch nicht die Rede davon sein könne, die Vergangenheit auszulöschen, so müßte doch andererseits die wirtschaftlichen Beziehungen im vollen Umfange wieder aufgenommen werden. Das aber sei nur möglich durch ein auf völliger Gegenseitigkeit beruhendes Abkommen.

Die Pariser Finanzkonferenz.

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Interalliierte Finanzkonferenz, deren Abhaltung im Verlaufe der Londoner Verhandlungen zwischen den beteiligten Kabinetten vereinbart worden war, ist gestern in Paris zusammengetreten. Da der französische Finanzminister durch die Verhandlungen des Außenhandelskongresses in Lyon, der englische Finanzminister durch die Wahlkampagne an der persönlichen Teilnahme an der Beratung verhindert sind, haben die von den Sachverständigen der alliierten Regierungen geführten Verhandlungen zunächst nur vorbereitenden Charakter. Abgesehen von einigen Fragen von sekundärer Bedeutung sind es insbesondere zwei große Probleme, deren Lösung der Konferenz vorbehalten ist: die Aufstellung eines Verteilungsplanes für die aus den Londoner Abmachungen von Deutschland zu erwartenden Einnahmen und die Abrechnung der von Frankreich und Belgien seit dem 10. Januar 1923 aus der sogenannten „wirtschaftlichen Ausbeutung der Pfänder“ vereinnahmten Beträge.

In beiden Fragenkomplexen dürfte es nicht ganz leicht sein, die zum Teil stark voneinander abweichenden Interessen der alliierten Regierungen unter einen Hut zu bringen. In der Frage der Berechnung der Einnahmen aus der Ruhrbesetzung vertreten die Regierungen von Paris und Brüssel den Standpunkt, daß die Gesamtheit der Reparationsgläubiger lediglich Anspruch auf die Verteilung der nach Abzug der gesamten Kosten des Ruhrabenteuers verbleibenden Nettolüberschüsse haben, eine Auffassung, die sowohl auf englischer wie auf italienischer Seite auf Widerspruch stoßen dürfte.

Nicht viel anders steht es mit der geplanten Aufstellung eines Reparationsprogramms für die Einnahmen aus dem Dawes-Plan. Da dieser ausdrücklich feststellte, daß die von Deutschland jährlich auszubringenden Zahlungen die Gesamtheit seiner aus dem Friedensvertrag resultierenden Verpflichtungen repräsentieren, wird ein nicht unbedeutender Teil der Einnahmen von Ausgaben in Anspruch genommen, die mit den Reparationen nur in sehr losem Zusammenhang stehen. Es sind daraus u. a. zu bestreiten die 91 Millionen, die der Zinsen- und Tilgungsdienst der 800-Millionen-Anleihe Deutschlands erfordert, die deutschen Lieferungen an die Besatzungsarmee, die sich gegenwärtig auf 11 Millionen im Monat belaufen, und sehr beträchtliche Unterhaltungskosten für die alliierten Kommissionen und die Organe für die Durchführung des Dawes-Planes, die in zwölf Schritten von je etwa 100 Millionen Goldmark zu tilgenden rückständigen Kosten der amerikanischen Okkupationsarmee usw. Da außerdem England und neuerdings auch Frankreich durch die 26-proz. Abgabe von der deutschen Einfuhr beträchtliche Einnahmen vereinnahmen, so dürfte von der einen Milliarde, die Deutschland im Laufe des ersten Jahres zu zahlen hat, nicht mehr viel zur Ver-

teilung übrig bleiben. Jedenfalls dürften die in die Kasse des Generalagenten für die Reparationszahlungen fließenden Beträge nicht mehr ausreichen, um die von den Alliierten angeforderten deutschen Kohle- und Rohstoffeinfuhrungen zu bezahlen, geschweige denn andere Naturalleistungen zu finanzieren.

Die vor der Finanzkonferenz stehenden Probleme werden in der Presse sehr ernst kommentiert. So gibt die „Ere Nouvelle“ der Befürchtung Ausdruck, daß es über der Regelung der Ruhrerinnahmen zu einem neuen englisch-französischen Streit über die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung kommen werde. Diese sei bekanntlich von England bisher auf das schärfste bestritten worden. Das Ministerium Herriot habe seinen Standpunkt bisher nicht bekannt gegeben. Es sei aber nicht zu leugnen, daß die Vinte, solange sie in der Opposition gestanden hat, das Ruhrabenteuer ebenfalls als im Widerspruch zum Vertrag von Versailles stehend bezeichnet habe. Die offizielle Anerkennung dieses Standpunktes aber würde zur Folge haben, daß Frankreich und Belgien die ganzen Kosten des Unternehmens allein zu tragen haben würden. Selbst wenn es auf der interalliierten Finanzkonferenz gelingen sollte, die heikle Diskussion über die Auslegung des bekannten § 18 des Anhangs II zu vermeiden, so könne doch andererseits von England eine andere Bestimmung ins Treffen geführt werden, nämlich der Artikel des Friedensvertrages, der die Gesamtheit der Einnahmen und des Vermögensbesitzes des Reiches mit einer Hypothek belastet, über die ausschließlich die Reparationskommission zu verfügen hat. Da diese stets vermeiden hat, sich mit der Ruhrbesetzung zu befassen, könne von England geltend gemacht werden, daß Frankreich und Belgien nicht das Recht gehabt hätten, für eigene Rechnung auf deutschem Gebiet Beträge zu erheben oder Naturalleistungen zu beschlagnahmen. Alle Einnahmen, die durch die wirtschaftliche Ausbeute der Pfänder erzielt worden seien, hätten demgemäß in die Kasse der Reparationskommission fließen müssen und die Befehlsmächte seien nicht berechtigt gewesen, davon die Kosten des auf eigene Verantwortung durchgeführten Unternehmens in Abzug zu bringen.

Nach Freigabe der Zechen.

Die Frage der Arbeiterentlassungen.

Essen, 28. Oktober. (Eca.) Durch eine Verfügung der Rheinlandkommission sind die von der Interalliierten Bergwerkskommission besetzten Zechen freigegeben worden. Aus diesem Grunde war vom Oberbergamt eine Verhandlung nach Dortmund einberufen worden, an der Vertreter der Arbeitgeber und Bergarbeitervertreter teilnehmen. Die Arbeitgebervertreter teilten mit, daß sie nach der Übernahme nicht mehr alle Leute bezahlen könnten. Auf dem Röhmer-Werk, Zeche Idern und Victoria seien 4700 Arbeiter zu viel, auf der Zeche König Ludwig 2000. Diese sollten zur Entlassung kommen. Dagegen wehrten sich die Bergarbeitervertreter. Sie vertrieten die Ansicht, daß eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses durch die Schuld der Arbeiter nicht eingetreten sei. Die Unterbrechung sei vielmehr auf höhere Gewalt zurückzuführen und dementsprechend müßten auch die Stammbefugnisse und die Betriebsvertreter behandelt werden. Die anwesenden Vertreter der Arbeiternachweisämter erklärten, daß höchstens ledige Häuser und Wehrhäuser im Nordwesten Arbeit finden könnten, weil keine Wohnungen und nicht mehr Arbeitsgelegenheit vorhanden sei. Nach längeren Verhandlungen wurde auch von den Bergwerksvertretern anerkannt, daß für die Stammbefugnisse kein tariflicher Nachteil eintreten solle. Eine allgemeine Klärung der Rechtslage soll herbeigeführt werden. Die Arbeitgebervertreter betonten zum Schluß, es müsse unbedingt vermieden werden, daß infolge der Übernahme der Betriebe Unruhen in der Ruhrwirtschaft entständen. Sie forderten sowohl Bergwerksvertreter wie auch das Oberbergamt auf, auf die berechtigten Interessen der Bergarbeiter Rücksicht zu nehmen.

Wölfe im Schafspelz.

Die österreichischen Monarchisten für die Republik.

Wien, 28. Oktober. (W.T.B.) Der dritte Parteitag der österreichischen Monarchisten beschloß die Umwandlung der Partei in eine konservative Volkspartei, die es nicht ablehnt, in der Republik als einer Uebergangsform mitzuarbeiten, um die Heimat vor Schäden zu bewahren.

Die Mossulfrage vor dem Völkerbundsrat.

Brüssel, 28. Oktober. (U.) Die erste Sitzung des Völkerbundsrates fand gestern unter dem Vorsitz von Hymans statt. Bethyn Bey, der türkische Delegierte, sah am Tische der Völkerbundsdelegierten. Hymans eröffnete die Sitzung. Nach ihm ergriff Lord Parmoor das Wort. Er betonte, daß es sich für England nicht um die Festsetzung der Grenze zwischen dem Irak und der Türkei handele, sondern um die Aufrechterhaltung des Vertrages von Barmann. Die englische Regierung, so meinte Lord Parmoor, stelle fest, daß türkische Truppen das Gebiet, in das sie im September eingerückt waren, immer weiter besetzen. Deshalb sah sie sich veranlaßt, sich an den Völkerbundsrat zu wenden. Feich Bey verteidigte hierauf den türkischen Standpunkt. Die türkische Regierung habe nichts unternommen, was als eine Verletzung ihrer Vertragspflichten ausgelegt werden könnte. Trotzdem wurde sie am 9. Oktober vor das englische Ultimatum gestellt. Lord Parmoor gab seiner Genugtuung über die Erklärungen des türkischen Delegierten Ausdruck und forderte, daß die englischen Offiziere, die sich im Juni 1923 in den strittigen Gebieten befanden, gehört werden sollten. Branting mild ertren Bericht über die Frage anfertigen. Nach dem Vorschlage Hymans wird der Völkerbund heute zur Prüfung der einzelnen Fragen zu einer zweiten Sitzung zusammenzutreten.

Die Gothaer Forderungen.

Nachdem die kommunistische Reichstagsfraktion monatelang die praktische Arbeit des Reichstags durch ihre Radikalfaktik auf das empfindlichste gestört hatte, hat sie unmittelbar vor der Auflösung des Reichstages die sogenannten Gothaer Forderungen als Antrag vorgelegt. Bei der Abneigung der Kommunisten gegen parlamentarische Arbeit besteht kein Zweifel, daß es ihnen mit der Verwirklichung dieses Antrages durchaus nicht ernst ist; er dient ihnen lediglich als Plattform für den Wahlkampf. Deshalb sei kurz zu den sieben Forderungen Stellung genommen.

1. Die Kommunisten verlangen Aufhebung derjenigen Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung, die Ueberschreitungen des Achtstundentages zulassen. Sie kommen mit diesem Antrag sehr spät und sind zugleich sehr bescheiden. Bisher haben sie den Kampf für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages ganz der Sozialdemokratie überlassen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits im Herbst 1923 die Verlängerung der Demobilisationsbestimmungen zugunsten des Achtstundentages verlangt. Sie blieb mit dieser Forderung ganz allein. Auch bei dem Kampf gegen die Arbeitszeitverordnung überließen es die Kommunisten der Sozialdemokratie, für den Achtstundentag einzutreten. Alle Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokraten wurden von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt.

Seit Anfang 1924 kämpft die Sozialdemokratie für die Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Auch hierbei stieß sie bisher auf den Widerstand aller bürgerlichen Parteien. Die Kommunisten verstärkten diesen Widerstand, indem sie den in Aussicht genommenen Volksentscheid als Volksbetrug bekämpften. Die Sozialdemokratie hat ferner verlangt, die Regierung solle die Schlichtungsausschüsse anweisen, eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall als verbindlich erklären. Sie hat ferner stets gefordert, daß Ueberschreitungen des Achtstundentages nur auf Grund von Tarifverträgen zulässig sein sollen und daß Ueberschreitungen bezahlt werden muß.

2. Die Kommunisten verlangen ein Reichsgesetz zur Erhöhung der Reichsarbeiterlöhne um 40 Proz. Länder, Gemeinden und Privatbetriebe sollen durch Gesetz verpflichtet werden, dieselbe Erhöhung vorzunehmen. Die Löhne der Reichsarbeiter sind bisher nie im Reichstage festgelegt worden, sondern stets durch Tarifverträge, die zwischen Gewerkschaften und Reichsregierung abgeschlossen werden. Der Reichstag hat es bisher ferner abgelehnt, die Löhne der Reichsarbeiter gesetzlich zu regeln. Die Kommunisten wissen also, daß ihr Antrag ganz aussichtslos ist. Sie wissen aber auch, daß die Lohnsätze von den Gewerkschaften zum 31. Oktober d. J. gekündigt worden sind und die Reichsarbeiter sich die erforderlichen Lohnerhöhungen erkämpfen wollen. Die Löhne der Privatbetriebe durch Gesetz festzulegen, ist unsinnig und für die Arbeitnehmer schädlich und gefährlich. Es bedeutet die Auslieferung der Lohn- und Gehaltsempfänger an das „reaktionäre Parlament“, von dem die Kommunisten sonst behaupten, daß es nichts Ersprießliches für die Arbeiterklasse schaffen könne.

3. Die Kommunisten fordern Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf das Existenzminimum, Verbot der Zwangsarbeit von Erwerbslosen, produktive Erwerbslosenfürsorge, Schutz gegen Entlassungen und Verbot der Betriebsstilllegungen. Keine Partei hat so viel für die Erwerbslosen getan wie die Sozialdemokratie. Jahr'lang haben sich die Kommunisten um die Unterstützungsfähigkeit der Erwerbslosen überhaupt nicht gekümmert. Daß letztlich die Erwerbslosenunterstützung um durchschnittlich 50 Proz. erhöht wurde, ist ausschließlich das Verdienst der Sozialdemokratie. Sie beantragte Verdoppelung der Unterstützungsfähigkeit, fand dafür aber keine Mehrheit bei den bürgerlichen Parteien. Die von den Kommunisten geforderte Festsetzung der Unterstützung nach einem „proletarischen Existenzminimum“ bedeutet die schärfste Schädigung der Erwerbslosen, denn dann kann die Bureaucratie willkürlich die Unterstützungsfähigkeit bestimmen. Die Abschaffung der Pflichtarbeit der Erwerbslosen hat die Sozialdemokratie bereits im Frühjahr verlangt. Diesen Antrag hat sie im Juni wiederholt. Sie verlangte zugleich, daß die endgültige Erwerbslosenversicherung geschaffen wird, durch die die Unterstützung der Erwerbslosen unabhängig gemacht wird von Gesetzgebung und Verwaltung. Der Sozialdemokratie ist auch die produktive Erwerbslosenfürsorge zu danken. Den sozialen Abbau von Arbeitern, Angestellten und Beamten hat sie immer bekämpft. Auf ihren Antrag hat der Reichstag beschlossen, die weitere Durchführung der Abbauperordnung auszusetzen. Die Regierung hat diesem Beschluß aber nicht entsprochen. Gegen die Stilllegung von Betrieben sind ebenfalls alle zweckdienlichen Maßnahmen unternommen worden; teilweise mit Erfolg.

4. Die Kommunisten verlangen sofortige Erhöhung der Unterstützungsfähigkeit für Kriegsober, Sozial- und Altersrentner auf das Existenzminimum. Oben ist bereits über die Unsinnigkeit und Schädlichkeit der Festsetzung der Unterstützung nach dem Existenzminimum das Erforderliche gesagt. Die letzte Erhöhung der Unterstützungsfähigkeit erfolgte unter dem Druck der Sozialdemokraten. Daß die Erhöhung unzulänglich ist, verdanken die Rentner den bürgerlichen Parteien. Die Kommunisten aber haben ihnen dabei geholfen, denn ihre Anträge wurden nie ernst genommen.

5. Die Kommunisten verlangen sofortige Aufhebung der Umsatzsteuer, der Mietssteuer und des zehnprozentigen Lohnabzuges. Auch die Sozialdemokratie will den Abbau der Umsatzsteuer. Sie will aber auch keine neue Inflation und muß

deshalb dafür sorgen, daß jeder Ausfall aus der Umsatzsteuer durch Besitzsteuern gedeckt wird. Die Mietsteuer ist von der Sozialdemokratie stets bekämpft worden. Sie hat ihre Erhebung durch eine Wohnungsbaubauabgabe und die Vermögenssteuer auf die großen Vermögen gefordert. Nachdem inzwischen aber die Mieten wesentlich erhöht worden sind, enthält jetzt die Befreiung der Mietsteuer die Gefahr, daß die erhöhte Miete in die Taschen der Hausbesitzer fließt. Das wollen die bürgerlichen Parteien. Es zu verhindern, verlangt das bringende Interesse der Arbeiterklasse, vor allem auch deshalb, weil sonst alle Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot fehlen. In diesem Jahre sind jedoch etwa 50 000 Wohnungen gebaut und damit zum erstenmal die Wohnungsnot erfolgreich bekämpft worden. Die Sozialdemokratie verlangt die Ermäßigung der Lohnsteuer. Niemand haben die Kommunisten einen Finger krumm gemacht, um das zu erreichen. Nach der Beendigung der Inflation im November 1923 hat die Sozialdemokratie verlangt, daß nicht 12 M., sondern 20 M. Wochenlohn steuerfrei ist. Die Kommunisten haben sich überhaupt nicht gerührt. Wenn dieses Ziel erreicht wird, und die Besigenden stärker als bisher zu den Steuerlasten herangezogen werden, ist das Interesse der Arbeiterklasse durchaus gemehrt. Denn ebensowenig wie in Rußland kann in Deutschland das Arbeitseinkommen von allen Steuerlasten befreit werden.

6. Die Kommunisten wollen Sicherstellung der Ernährung der Industriebewölkerung durch Beschlagnahme der Ernte bei den Großagrariern. Die Erfahrungen der Zwangswirtschaft haben gelehrt, daß damit die Ernährung nicht sichergestellt, sondern gefährdet wird. Die Versorgung der Industriebewölkerung mit Nahrungsmitteln ist am besten durch den freien Grenzverkehr zu erreichen. Daher bekämpft die Sozialdemokratie die Agrarverhältnisse im einzelnen die Wege gemiesen, wie den Kleinbauern zu helfen sei. Nur sie allein hat sich auch gegen die übermäßige Steuerbelastung der Kleinbauern gewendet.

Der Antrag der Kommunisten hat lediglich agitatorische Bedeutung. Soweit er Brauchbares enthält, ist er nur eine sehr verspätete Aufnahme sozialdemokratischer Anträge.

Russisches Kommando.

Wahlbefehl an die deutschen Kommunisten.

Die blutrünstigen deutschen Sowjetgehilfen des Bürgerblocks rufen auf Grundbeis. Ihre phrasenhaften Erklärungen, selbst wenn sie in fettesten Fettschrift in die Welt geschrien werden, locken keinen Hund mehr heute hinter dem Ofen hervor. Da nun aber die Reichstagswahlen auch den deutschen Kommunisten die schwere Aufgabe zuzweisen, ihre Rindertrompetenpolitik vor den enttäuschten Wählern zu rechtfertigen, so haben sie sich nach Hilfe umgesehen. Sie wird ihnen rechtzeitig: Sinowjew und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale veröffentlichten einen Aufruf zu den deutschen Wählern, einen Aufruf, der etwa durch folgende Kraftmeierei gekennzeichnet wird:

Die demokratischen Gemäßigten gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung sind der Ausdruck der erbärmlichsten Angst der Sozialdemokratischen Partei und der nationalsozialistischen Bourgeoisie vor der Revolution, vor der Bolschewisierung der kommunistischen Partei und der Organisierung der Revolution durch den Vortrupp des revolutionären Proletariats.

Die Verfolgung der kommunistischen Partei Deutschlands durch die regierenden Sozialverräter, das ist die Antwort auf die Bolschewisierung der kommunistischen Partei Deutschlands, auf die Verstärkung ihres Einflusses auf die Massen. Das ist die Antwort darauf, daß die kommunistische Partei die Führerin des deutschen Proletariats wird.

Das kleine Bündel.

Von Tcha Tcha.

Wir sahen im Wogen vierter Klasse. Neben mir ein älterer Mann, der ziemlich ärmlich gekleidet war und den Eindruck erweckte, als habe er bittere Not hinter sich. Er sieht fortwährend zum Fenster hinaus, ohne indessen größeres Interesse am Landschaftsbild zu nehmen. Auf der Bank liegt ein kleines Bündelchen, nicht größer, wie man es zum Einwickeln eines Paares Schuhe braucht. Außerdem hat er noch einen Pappkasten bei sich, der aber leer zu sein scheint.

Es kam eine sehr gequälte Unterhaltung zu gange, im Verlauf deren der Mann erzählte, daß er siebzig Jahre alt sei und nun auf Wanderschaft gehen müsse, da zu Hause nichts mehr für ihn los ist.

Dies sprach er mit großen, ins Boere blickenden Augen, die mehr erzählten als sein Mund. Ich betrachtete mir seine Hände, die von harter Arbeit predigen. Man sah es an den beiden dicken Fäusten an, daß sie vor keinem festen Griff zurückschrecken, daß sie sich ohne Beschäftigung sehr überflüssig vorkamen. Aus keiner Rocktasche schaute eine Pfeife, für die er scheinbar wegen Mangel an Tabak keinen Gebrauch hatte.

Ich mußte immer wieder diese Augen betrachten, die so viel Leid widerpfeiften.

Dann holte er — verstoßen, daß es niemand merken möchte — immer keine Stücken trockenes Brot aus dem Pappkasten. Er sprach nur ganz wenig, man merkte, daß es ihm Überwindung kostete zu reden. Nur die lange Fahrt im hereinbrechenden Dunkel, bei schlecht beleuchtetem Wagen ließ ihm das Sprechen doch leichter werden.

So hörte ich von ihm, daß er seit langer Zeit schon in keinem Bett mehr geschlafen habe, weil er mit seinen 70 Jahren nirgends eine Arbeit erhalte.

„Und haben Sie gar keinen Menschen daheim, der Ihnen helfen könnte?“

„Niemand,“ sagte er. „Zwei Kinder, die selbst nichts zu befehen haben, und eine Schwester, die im Armenhaus lebt. Ich hatte mir über 4000 M. gespart, aber es ist ja alles hin.“

Es klang müde und verzagt. Ich stellte mir den Mann im Kampf um das Leben vor, er mußte bald genug scheitern.

Dann leg er aus. Wir redeten noch, während er hinabkletterte. Neue Fahrgäste schoben sich herein, er schwankte aus der Halle. Als wir schon weit weg waren, sah ich mit Schrecken, daß sein kleines graues Päckchen liegengeblieben war. Mir tat es weh, daß dem Mann sein nur auch noch d'ieses Habsgelbstes genommen waren. Dann besch ich mir den kleinen Fund, der in ein blaues Tuch eingewickelt war. Es fühlte sich sehr weich an. Ich packte es auf: Es enthielt nichts wie eine Tuchtasche, die sehr abgetragen schien, ein buntes Hemd und Papiere, die dazwischen lagen. Der Umschlag enthielt die Sterberkunde seiner Frau, die polizeiliche Abmeldung „Auf Wanderschaft“, eine Inhaberkarte Nr. 28 und einige Briefe. Es war vielleicht nicht

In dieser Tonart ist der ganze Aufruf gehalten, an einigen Stellen noch unruhiger und noch blutrünstiger. Selbstverständlich schließt er mit dem Rufe: „Es lebe die deutsche Revolution!“

Wenn ein solcher Aufruf Sinowjews in England verbreitet wäre, so würde der Führer der Arbeiterregierung sicher das als eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes ansehen und dagegen eine geharnischte Note vom Stoppel lassen.

Höchstwahrscheinlich würde dann aber die Sowjetregierung erklären lassen, daß jeder Sinowjew-Brief grundsätzlich als „gefällig“ zu gelten hat und daß ihm deshalb keine Bedeutung beizulegen ist.

Deshalb weiß man auch in Deutschland nachgerade, was man von Sinowjew-Briefen und -Aufrufen zu halten hat. Man legt sie stillschweigend zu den Akten der — Fälscherzentrale!

Politik der Mitte!

Eine Entschlieung des Zentrumsparlamentstages.

In der Zentrumsparlamentstagung folgende Entschlieung, die vom Reichsminister a. D. Bess verlesen wurde, zur einstimmigen Annahme:

„Der Reichsparlamentstag des Zentrums spricht dem Reichskanzler Marx und der Zentrumsfraktion des Reichstages, die sich geschlossen hinter ihm gestellt hat, sein volles Vertrauen aus und gibt der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Wähler dazu beitragen werde, der bewußten Politik der Mitte auch dem zukünftigen Reichstag Geltung und Form zu verschaffen. Ausgehend von dem erstrebenswerten hohen Ziel der Volksgemeinschaft, ist die Zentrumsparlamentstagung bereit, mit allen Parteien die Regierungsbildung zu übernehmen, die bereit sind und die Gewähr dafür bieten, daß die vom Reichskanzler verfolgte innen- und außenpolitische Linie innegehalten wird.“

Burgfrieden mit dem Zentrum?

Verhandlungen zwischen Zentrum und bayerischer Volkspartei.

München, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wie man jetzt erfährt, besaßte sich die Bayerische Volkspartei in ihrer Bundesausschussung am Sonntag wegen des bevorstehenden Wahlkampfes fast ausschließlich mit ihrem Verhältnis zum Reichszentrum. Der linke Flügel verlangte trotz der organisatorischen Schwierigkeiten unbedingt eine Verschmelzung mit dem Zentrum schon für diesen Wahlkampf, eine Forderung, der sich der rechte Flügel, insbesondere die Abgeordneten aus Altbayern aufs heftigste widersetzen. Unter der Führung des Ministerpräsidenten Held gelang es jedoch, durchzusetzen, daß mit dem Zentrum sofort Verhandlungen über eine eventuelle Verschmelzung eingeleitet werden. Zu diesem Zweck wurde eine Abordnung bestimmt, die am Dienstag mit dem Zentrum auf dem Parteitag in Berlin verhandeln soll. Die Verhandlungen bezwecken einen sogenannten Burgfrieden, wonach Bayern bei den Wahlen ohne Kampf gegen das Zentrum bleibt. Stichtig ist vor allem die Pfalz. Hier besteht das Zentrum nach wie vor auf der Wiederaufstellung des Abgeordneten Hoffmann-Ludwigs, während die Bayerische Volkspartei die Pfalz auch für sich in Anspruch nimmt. Doch ist anzunehmen, daß hier eine Verständigung erfolgt.

Bismarck verzichtet!

Wie die „Deutsche Zeitung“ erfährt, hat Fürst Bismarck das Angebot seines Landesverbandes West-Ems, wiederum für den Reichstagskongress zu kandidieren, abgelehnt.

Der Kongress der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine in Bamberg gestaltete sich durch Reden der früheren Reichstagsabgeordneten Zoos und Andre und des Diözesanpräses Bohrer-München zu einem Bekenntnis für die Reichsverbändlung und Schwarz-Rot-Gold.

gang in der Ordnung, daß ich sie las, indessen der merkwürdige Zufall mag die Reugierde entschuldigen, sie zeigte zugleich, daß ich einen ganz hervorragenden einen edlen Menschen als Reisegefährten gehabt hatte. Einer der Briefe lautete:

„Sehr geehrter Herr Neubert.“

Sie könnten mich in die größte Verlegenheit bringen, wenn Sie von mir verlangten, Ihnen auch nur in annähernd der gleichen Weise eine Gegenleistung bringen zu können wie die Ihre. Als gestern Abend Ihre Tochter erschien, um in Ihrem Auftrag das wertvolle Dokument zu überreichen, glauben Sie mir, daß uns das Wissen näher stand als das Baden. Sie hatten mich mit diesem Papier in der Hand, Sie hätten eine leichtsinnige Tat ausüben können, um Vorteile zu ziehen. Daß Sie es nicht getan haben, ja, daß Sie das Papier zurückgeben ohne jedes weitere, dieses ist ein herzlicher Beweis Ihres Edelmuten, daß wir gar nicht genug danken können. Geben Sie uns die Möglichkeit, sehr verehrt Herr Neubert, Ihnen zu zeigen, wie sehr wir Ihnen verpflichtet sind. Insbesondere bitten wir Sie, wenn Ihre wirtschaftliche Lage es nötig macht — Ihre Tochter sprach sich darüber nicht aus —, uns mal in Anspruch nehmen zu wollen. Unterzeichnet.

Ich grüßte lange darüber nach, was hier wohl zugrunde lag, das kleine Bündel enthielt aber weiter keine Kunstst.

Ich übergab den Fund einem Beamten. Hoffentlich hat der Mann seine paar Sachen wiederbekommen, es dürften seine einzigen Wertobjekte gewesen sein. Ich werde den alten müden Greis, der mit siebzig Jahren auf die Wanderschaft geht, weil d'ie Heimat kein Brot für ihn hat und er zu stolz ist, um betteln zu gehen, nicht mehr aus dem Gedächtnis los. Mit wie wenig könnte so einem Beteran der Arbeit geholfen werden!

Sonderbare Abgeordnete.

Es ist eine ziemlich bunt zusammengewürfelte Gesellschaft, die sich nach der großen Lotterie eines Wahlkampfes in den Parlamenten zusammenfindet. Größere Gegenstände werden wohl nie von den gleichen Wänden umschlossen, als es in den Häusern der Volksvertretung der Fall ist, in denen der Konvention mit dem Revolutionär, der Kröfus mit dem Hochadeligen zusammensteht. Aber nicht nur Menschen mit festem Ansehen, sondern auch solche mit den sonderbarsten Schicksalen werden zu Volksvertretern gewählt. Das englische Parlament, das „House of Commons“, ist in seiner langen Geschichte an sonderbaren Abgeordneten reich gewesen, und nicht selten sind sogar Männer direkt aus dem Zuchthaus ins Unterhaus gekommen. Von solchen außergewöhnlichen Volksvertretern plaudert nun eine englische Zeitschrift. Da gab es blinde Abgeordnete, unter denen der bedeutendste der Generalpostmeister Rowlett war, deren ermüdete Abgeordnete und wenigstens zwei, die keine Beine hatten. So kam Arthur Kavanagh, dem beide Beine fehlten, jedesmal zu den Sitzungen auf dem Rücken seines Dieners. Jährliche, darunter verlorne Roger, sind zu Vertretern des englischen Volks erwählt worden. Und es waren nicht nur politische Verbrecher, die gewählt

Haushaltsbolschewismus in Bayern.

Die Landwirtschaft für Steuerfreiheit. — Die Deutschen Nationalen für Pumpschwemismus. — Der Finanzminister droht mit dem Rücktritt.

München, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Als die Landwirtschaft nach Stabilisierung der Währung in größerem Umfange zu Steuern und Abgaben herangezogen wurde, fehlten in Bayern unter Führung der Landesbauernkammer und der in ihr maßgebenden Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei jene bekannnten Treibereien zur Sabotierung der Steuerzahlung ein. Unter wohlwollender Duldung der Regierung Anstalt nahm diese Agitation immer größeren Umfang an und führte nicht selten zu Drohungen mit Steuerstreik.

Selbst dem Reichsministerpräsidenten ist und damit die Verantwortung für den Staatshaushalt übernommen hat, läßt sich die Tätigkeit der Bauernführer in Bayern, die sie in letzter Zeit duldend im Landtag eingebracht haben. Die Annahme und Durchführung dieser Anträge würde die Landwirtschaft in Bayern nahezu völlig steuerfrei machen und dem soeben mühsam balancierten Haushalt ein Defizit von 50 Millionen Mark bringen. Dagegen wandte sich der Finanzminister am Montag abend in der Sitzung des Finanzausschusses mit bemerkenswerter Schärfe. Er nannte die Methode der Bauernführer, die sich in der Hauptache aus Angehörigen der Bayerischen Volkspartei, der der Finanzminister selbst angehört, und aus Deutschen Nationalen zusammensetzen, den reinen Haushaltsbolschewismus. Die Durchführung der Anträge hätte unbedingt den Ruin des Staates zur Folge. Auf das Entschiedenste lehnte der Finanzminister ab, — wie das die Deutschen Nationalen verlangen — die laufenden Ausgaben des Staates aus Anleihen zu decken. Das sei eine Pumpschwemismus, die unbedingt die trostlose Zeit der Inflation wieder heraufbeschwäre würde. Wenn die Mehrheit des Landtages darauf bestünde, diese Anträge oder nur einen Teil durchzuführen, so werde er sich diesen Beschlüssen bis zuletzt entgegenstellen und nötigenfalls die Folgen ziehen.

Die Stellungnahme des Finanzministers, in der er durch die sozialdemokratischen Redner unterstützt wurde, machte im Landtag außerordentliches Aufsehen, zumal man bisher nicht gewohnt war, daß die Regierung gegen ihre eigene Mehrheit im Landtag auftritt, vor allem in derart scharfer Weise.

Bei den Darlegungen des Finanzministers war zum Schluß, als er mit seinem Rücktritt drohte, auch der Ministerpräsident anwesend. Wie verlautet, billigt das Gesamtkabinet die Haltung des Finanzministers. Die Beratungen über die bäuerlichen Bolschewistenanträge wurden für einige Tage ausgesetzt.

Verleumdungen gegen Ebert.

Reineidsverfahren gegen völkische Zeugen.

In einem Teil der völkischen Presse ist unlängst die Behauptung verbreitet worden, aus einem Urteil der Strafkammer in Sonneberg gegen einen Obermonteur Berlich seien Vorwürfe gegen die Lebensführung des Reichspräsidenten während seines Weimarer Aufenthalts im Winter 1918/19 zu entnehmen.

Durch Urteil vom 24. Oktober hat das Oberlandesgericht Jena das vorerwähnte Strafammerurteil wegen Unklarheit der Begründung unter Bemanung der tatsächlichen Feststellungen aufgehoben und die Sache zur Neuverhandlung in die Berufungsinstanz zurückverwiesen. Gegen die Zeugen, auf deren Aussagen in der Berufungsinstanz die jetzt bemängelten Feststellungen beruhen, ist inzwischen ein gerichtliches Reineidsverfahren wegen Meineids eingeleitet worden.

Neuwahlen auch in Braunschweig? Die sozialistische Fraktion hat bei der Landesversammlung einen Bescheidwurf eingebracht, wonach sich der Landtag am 6. Dezember auflösen und die Neuwahlen am 7. Dezember stattfinden sollen.

Kommunistenverhaftung. Der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Georg Krenzler ist in Mannheim verhaftet worden.

Das Journalistengesetz. Der im Auftrag des Reichsministers Jarres vom Ministerialrat Hängsiedel ausgearbeitete Entwurf eines Journalistengesetzes ist nunmehr den Spitzenverbänden der deutschen Presse zur Begutachtung übersandt worden.

wurden. Ein Mann, der mehrere Male zum Tode verurteilt war und doch ins Unterhaus kam, war James O'Reilly. Er hatte ein Abenteuerleben in allen Teilen der Welt geführt, hatte das Leben der Kaiserin von Brasilien gerettet, war in den kubanischen Wirren als Spion zum Tode verurteilt und im letzten Moment von dem amerikanischen Konsul gerettet worden, hatte in Kanada, Mexiko und Alger im Gefängnis gesessen. Als er dann schließlich nach England zurückkehrte, wurde er ins Unterhaus gewählt. Ein anderer Abgeordneter, A. Lynch, wurde 1903 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, weil er im südafrikanischen Kriege auf Seiten der Buren gekämpft hatte. Die Todesstrafe wurde sofort in lebenslängliche Zuchthausstrafe verwandelt, aber bei der Amnestie im Jahre 1907 wurde er freigelassen und dann noch ins Unterhaus gewählt. Am häufigsten sind irische Politiker, die im Kampf für ihr Vaterland von englischen Gerichten abgeurteilt waren, aus dem Gefängnis ins Parlament gekommen. So wurde F. R. O'Brien bei einem irischen Aufstand gegen Ende des 19. Jahrhunderts zum Tode durch den Strang verurteilt. Da er aber bei einer Feuersbrunst großen Heldentum an den Tag legte und mehrere Frauen und Kinder rettete, wurde er zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt. Später erlangte er die Freiheit wieder, wurde ins Parlament gewählt und sah lange Zeit unter den englischen Gesetzgebern.

Das künstliche Petroleum. Aus Paris wird gemeldet: Die Erfindung eines industriell verwertbaren synthetischen Petroleums, die von der Presse mit viel Respekt verbreitet war, wird in industriellen Kreisen mit großer Skepsis aufgenommen. Die „Journées industrielles“ hat eine hochstehende wissenschaftliche Persönlichkeit gefragt und die Erklärung erhalten, daß die Angelegenheit industriell bei weitem noch nicht sprudreif sei. Insbesondere seien die Ammonien, wonach das synthetische Petroleum billiger sei als das natürliche, vollständig aus der Luft zu gewinnen.

Immerhin: das künstliche Petroleum ist da!

Ein neues Theater wird, wie wir hören, demnächst in Berlin unter der dramaturgischen Leitung Dr. No Schermanns gegründet werden. Es handelt sich um ein Regietheater am Pariser „Egmont-Carré“, das unter der Direktion Max Gold im Frühjahr 1923 eröffnet werden soll. Unter dem Namen „Ueberrealistisches Theater“ wird es die neue dramatische Literatur der europäischen Nationen untereinander vermitteln.

Spielplanänderung. Am Theater i. d. Königsplatz Straße findet die Uraufführung der neuen Komödie von Fleck und Gellert „Der Mann ohne Moral“ bereits Freitag statt.

Vorträge. Die Deutsche Kinotechnische Gesellschaft hält ihre 38. ordentliche Sitzung Dienstag, 8. Uhr, Berlin NW, Sommerstraße 4a ab. Eibl-Ing. Fritz Kaufmann spricht über „Regie und Technik des Films“. Gäste willkommen.

Ein neuer Nordpol? Eine neue Expedition nach dem Nordpol wird von den norwegischen Leutnants Larsen und Prehelsen organisiert. Die beiden Offiziere planen im kommenden Sommer mit zwei von Spitzbergen aus startenden Flugzeugen den Nordpol zu erreichen. Vom nördlichen Ende Spitzbergens beträgt die Entfernung zum Nordpol nur 1200 Seemeilen, die in acht Stunden zurückgelegt werden können. Verhandlungen über die Finanzierung und Ausrüstung der Expedition, deren Leiter Raald Amundsen werden soll, werden in London geführt.

Deutschnationales Werbepreisausschreiben.

1. Preis ein Pelzmantel, 2. Preis ein Anzug, 3. Preis Friedrich der Große.

Der deutschnationale Vorsteher der „Baterländischen“, Geisler, hatte vor einiger Zeit die unwahre Behauptung aufgestellt, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zahle jedem neuereintretenden Mitglied ein Handgeld als Prämie aus. Die deutschnationale Presse nahm die Lüge auf und verurteilte sie bis auf den heutigen Tag in ihrem Verleumdungsfeldzug gegen das Reichsbanner immer wieder. In deutschnationalen Kreisen sieht man offenbar in diesem Mittel eine Art Korruption der öffentlichen Meinung und verwirft es als unehrenhaft. Um so erstaunlicher ist es, wenn man in der „Nationalpost“ in großer Aufmachung folgendes Inserat findet:

In die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei in den Landesverbänden Berlin, Potsdam 1 und Potsdam 2.

Bei den Wahlen am 4. Mai haben etwa achtmal so viele Wähler ihre Stimme der Deutschnationalen Volkspartei gegeben, als in unseren Kreisen und Ortsgruppen Mitglieder organisiert sind. Es muß das selbstverständliche Bestreben unserer Organisation und jedes einzelnen Mitgliedes sein, diese deutschen Männer und Frauen dauernd für unsere Partei zu gewinnen oder, mit anderen Worten, sie zum Eintritt in dieselbe zu veranlassen. Die untergeordneten Landesverbände haben daher den Monat November als Werbemonat für die Deutschnationale Volkspartei bestimmt. In diesem Monat soll jedes Mitglied eine möglichst große Anzahl neuer Freunde für uns werben. Zur Belegung der Arbeitsfreudigkeit werden für diejenigen Mitglieder, welche die größte Zahl eingeschriebener Mitglieder für unsere Organisation werben, drei Preise, bestehend in einem Gutschein zur Entnahme eines Pelzmantels im Werte von 200 Mark bei der Firma Herpich (1. Preis), einem Anzug (Damen oder Herr) im Werte von 150 Mark bei der Firma Herpich (2. Preis), einem Bilde Friedrichs des Großen (3. Preis) und 5 Trostpresse in Form von je 10 Zentner und 10 Trostpresse in Form von je 5 Zentner Briketts ausgelegt.

Mit deutschem (!) Gruß!

Die Landesverbände Berlin, Potsdam 1 und Potsdam 2.

Das Inserat spricht für sich. Aber es ist nicht das einzige in seiner Art. Die Deutschnationale Partei scheint die Korruption der Wählerchaft in großen Betrieben vor, in dem ein ähnlicher Schacher betrieben wird. Es hat folgenden Wortlaut:

Weihnachtshilfe ist Wahlhilfe. Neuwahl des Reichstags.

Kein Einsichtiger verkennt, daß die Auflösung des alten Reichstags nur darum verfügt worden ist, um vielleicht für die S.P.D. einen Stimmenzuwachs zu erzielen, der eine neue Befestigung der alten Koalitionsregierung bezweckt und dem Herrn Reichspräsidenten seine Neuwahl auf sieben Jahre sichern soll.

Um so mehr ist es nötig, daß aus den 106 deutschnationalen Abgeordneten weit mehr werden. Der Zug nach rechts ist unumkehrbar und geht bis in weite Kreise der Demokratie hinein. Gerade weil wir durch die Annahme des Dames-Gutachens wirtschaftlich außerordentlich an das Ausland verpflichtet sind, kann eine Aussicht auf friedliche Abstreifung dieser Fesseln nur erwachsen, wenn der neue deutsche Reichstag überwiegend rechts orientiert sein wird.

Die Vorbereitungen für die Neuwahlen haben beim Landesverband Berlin mit dem 21. Oktober bereits begonnen.

Ungehobene Opfer sind von neuem notwendig, wenn nicht auf weite und unbefehrbare Zeit eine neue Herrschaft des roten Irrefühlers über uns kommen soll.

Aus diesem Grunde muß — leider — leider von neuem an die Gebetsdringlichkeit aller unserer Freunde appelliert werden. 50 000 Mark sind notwendig.

Darum fordert der Landesverband Berlin erneut auf, im Wege der Beteiligung an der Weihnachtshilfe, bei der ohnehin wertvolle Preise zur Verfügung gelangen, dem Wahlkampf sofort jede mögliche Unterstützung zuzuführen.

Die Preise für die Weihnachts-Wahlhilfe sind, wie bereits mitgeteilt, die folgenden:

50 Hauptpreise im Werte von je 100 Mark. Jeder 100. Einsender erhält eine Prämie von 10 Zentnern Briketts frei Keller. Unbeschränkt viele Trostpresse.

Als selbstverständlich gilt, daß — wer mehr geben kann, mehr gibt!!!

Also auf zum letzten Kampf um die bürgerliche Regierung!

Zahlkarten liegen der heutigen Nummer bei. Außerdem werden Spenden entgegengenommen Berlin W. 9, Schellingstraße 1 II, Zimmer 16, werktäglich 9-7.

Landesverband Berlin der D. N. V. P.

Die Angst vor den Neuwahlen spricht aus jedem dieser beiden Inserate. Wie weit muß es mit den Deutschnationalen gekommen sein, daß sie jetzt zu dem Mittel greifen, das sie noch bis in die letzten Tage als unehrenhaft verschrien haben! Bei den vorigen Wahlen glaubten sie das Rennen gewinnen zu können, indem sie die Wähler mit nationalistischen Phrasen narzotisierten. Diesmal spekulieren sie auf die Geldgier und den Spitzfußel. Beide Male appellieren sie — mit deutschem Gruß! — an die niedrigsten Instinkte des Menschen.

Man erinnert sich daran, daß es vor einiger Zeit ein beliebter Trick der Geschäftswelt war, die Kundenschaft durch Auslösung von Automobilen, Motorrädern und ähnlichen Dingen anzulocken. Die Gewerbepolizei machte diesem Unwesen bald ein Ende. Den Deutschnationalen blieb es vorbehalten, diesen Trick in den Dienst ihrer Partei einzuspinnen.

Aber warum sollen die Deutschnationalen nicht Wählerstimmen gegen Pelzwerk, Kleider und Brennmaterial einschachern und die charitative Weihnachtshilfe zu einem glänzenden Parteigeschäft machen! Im Geschäftsverkehr gilt diese Art von Handel zwar als unsauber und im politischen Kampf waren derartige Mittel bisher verpönt, aber die Deutschnationalen haben ja bei dem Schachergeschäft um die Ministerpostleule bereits bewiesen, daß ihnen an ihrem guten Ruf nichts liegt. Kompromittiert sind sie nun einmal, sie gehen jetzt aufs Ganze!

Der 7. Dezember wird zeigen, ob sich die Wählerchaft die Zumutung der Schacherpartei gefallen läßt, ihre Ueberzeugung gegen Gelpelze und Briketts zu verkaufen! Am 7. Dezember wird abgerechnet werden mit dieser Partei, die das öffentliche Leben zu korrumpieren und demoralisieren versucht! Gegen unsaubere Geschäftswelt schreitet die Gewerbepolizei ein. Ueber die Politiker, die dieses unsaubere Geschäftsgewerbe in die Politik einführen, wird das Volk selbst das Urteil fällen.

Der geheimnisvolle Schatz.

Ein ehrfamer Schlossermeister erhielt vor einiger Zeit einen ziemlich geheimnisvoll klingenden Auftrag von einem Unbekannten, der ihn telefonisch angerufen hatte. Zunächst wurde gefragt, ob er der bekannte Spezialist auf dem Gebiete der Herstellung diebstahlsicherer Schlösser sei. Als er dies bejahte, wollte man auch noch wissen, ob er auch ein solches Schloß aufmachen könne, da der Schlüssel seit langem verschwunden sei. Nachdem er auch zu dieser Fähigkeit sich bekannt hatte, wurde ihm bedeutet, daß man seiner noch am selben Abend dringend bedürfe und er sich mit dem nötigen Handwerkzeug auf einem bestimmten Bahnhofe einfinden solle, wo ihn auf dem Bahnsteige eine Dame erwarten würde, mit der er nach einem kleinen märkischen Städtchen fahren müsse, wo seiner die Arbeit harre. Er möchte aber zu niemandem über diesen Auftrag sprechen. Dem Meister kam alles dies etwas sonderbar vor, aber nachdem ihm auf seine Anfrage wegen der Bezahlung versichert worden war, daß man ihn glänzend entschädigen würde, sagte er zu. Dann wurde noch ein Erkennungszeichen ausgemacht. Zur Vorfrist entschloß sich aber der Meister, der zum Glück eine Frau von recht kräftiger Figur und großer Selbstgegenwart beist, diese mitzunehmen, und zwar sollte sie unauffällig hinter ihm hergehen und möglichst in seiner Nähe bleiben. Es war schon gegen 8 Uhr des Abends, als der Meister mit seiner Auftraggeberin auf dem Potsdamer Bahnhof zusammentraf. Er hatte, wie er meinte, eine „Monateldame“ zu finden gehofft, und war deshalb nicht wenig erstaunt eine ganz einfache gekleidete, an Distinktion nicht im Entferntesten erinnernde Frau vorzufinden, welche auf einer Bank saß. Vor ihr standen ein Paar neue Stiefel, während sie ihre Füße in bequemen Pantoffeln stecken hatte. Zuerst kam dem Meister die Sache doch etwas komisch vor. Aber bald hatte er begriffen, um was es sich handelte. Die Frau und ihr Mann hatten Land in jener märkischen Kleinstadt und sich mit der Zeit etwas zusammengespart, das in Goldstücken und Silbergeld in einem im Hause eingemauerten Tresor lag, dessen Schlüssel seit Jahren verlorengegangen war. Um nun niemand merken zu lassen, daß sie einen solchen Schatz besäßen, und da sie bisher das Geld auch nicht gebraucht hätten, hätten sie bisher sich noch keinem Handwerker anvertraut und die Frau hat nun den Meister himmelhoch, mit ihr zu fahren und sein Heil an dem vermaldeuten Sicherheitschloß zu versuchen, denn nun brauchten sie das Geld äußerst notwendig für ihre Kinder. Der Meister mußte aber versprechen, ganz leise zu arbeiten, damit die Nachbarn nichts davon merken sollten. Das versprach der Meister denn auch mit gutem Gewissen, und nachdem sich die Harmlosigkeit des geheimnisvollen Auftrages auf diese Weise herausgestellt hatte, fand er auch keine Betrüfung mehr, die Anwesenheit seiner Frau weiter geheimzuhalten. Bald fuhrten die drei Personen nach dem bestimmten Ort. In der Schloßburg angekommen, begann der Schlossermeister alsbald mit seiner Arbeit, die allerdings eine längere Zeit in Anspruch nahm. Endlich glückte es, den Tresor zu öffnen, und ein wahrer Regen von Gold- und Silberstücken ergoß sich aus dem Behälter — allerdings ein Schatz, dessen Wert durch unglückliche Währung leider zum Teil vermindert ist. Die Freude der Besitzer, die endlich wieder nach so langen Jahren zu ihrem Schatz gelangten, war natürlich groß. Aber auch der Meister durfte sich nicht über seinen Lohn beklagen.

Großfeuer in Friedenau.

Wieder ein Dachstuhl niedergebrennt.

Großfeuer wurde am Dienstag früh um 4 1/2 Uhr aus Friedenau gemeldet. Dort stand bei Anbruch der Feuerwehre unter persönlicher Leitung des Oberbranddirektors Gemp der Dachstuhl des ausgedehnten Schawes Friedrich-Wilhelm-Platz und Kaiser-Allee zw. Wiesenhener Straße in Flammen. Diese müssen dort längere Zeit unbenutzt geblieben haben. Als die Gefahr von Strohempassanten bemerkt wurde, schlugen die Flammen schon hell aus dem Dache empor, und als die ersten Löschzüge eintrafen, war das Feuer bereits längst über seinen Herd hinaus. Trotzdem gelang es der Feuerwehr, die Flammen, die an Brennmaterialien, Hausrat der Mieter, sowie der Dachkonstruktion und den Verblägen reiche Nahrung gefunden hatten, abzuschneiden und dadurch einen Teil des Dachstuhls zu retten. Mit vier Schlauchleitungen von Motorpumpen gab die Feuerwehr unausgesetzt längere Zeit kräftig Wasser. Die Wohnungen auf der einen Seite des Hauses blieben verschont, die anderen haben zum Teil etwas durch Wasserleiden gelitten, sind aber bewohnbar geblieben. Der Schaden ist natürlich erheblich, insbesondere wurden einige Mieter, die nicht versichert sind, hart betroffen. Die Entstehung konnte noch nicht aufklärbar werden, man nimmt wie bei den letzten sieben Dachstuhlbränden Brandstiftung an. Die Wehr konnte heute vormittag um 9 Uhr wieder abrücken.

„Wäschefreunde“.

Ein großer Einbruch wurde auf dem Grundstück Friederichstraße 28 verübt. Auf dem Grundstück wohnten unbekannt Verbrecher an dem Wäschegeschäft von Growald u. Regen die Türen so weit an, daß sie von unten die Sicherheitsklammer öffnen konnten. Sie durchwühlten und beschmugten die Räume nach Art der generabmäßigen Verbrecher, und stahlen für 15 000 Goldmark feine Wäsche, Domengarnituren mit Spitzen und Silberwaren, und mehrere Stücke Leinwand. Die Täter hatten die schwere Beute ohne Zweifel mit einem Fuhrwerk, wahrscheinlich einem Auto oder einer Droschke, weggeschafft. Auf die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung von 10 Prozent des Wertes ausgesetzt. Mittelsunter an Kriminalkommissar Dr. Koch im Zimmer 93 des Polizeipräsidiums.

Mieterprotest.

Im Rahmen der Protestwoche des Reichsbundes deutscher Mieter veranstaltete der Mieterverein des Groß-Berliner Westens im Wilmersdorfer Viktoriagarten eine öffentliche Mieterprotestversammlung, in der folgende Forderungen aufgestellt wurden: Ausbau (nicht Abbau) des Mieterschutzes, Schaffung eines sozialen Wohn- und Bodenrechts, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues sowie Befreiung der unsozialen Mietssteuer. Der Referent des Abends, Rechtsanwalt Dr. Göbel, schloß voraus, daß die Organisation der Mieter keinerlei politische Tendenzen verfolgt, stelle aber zur Aufklärung des Publikums fest, daß Wirtschaftswelt, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei sich auf Seiten der Hausbesitzer befinden, also bewachte Gegner der deutschen Mieterschaft sind. Diese zählt augenblicklich zwei Drittel der Friedensmiete; die volle Friedensmiete zu zahlen, wäre unerschwinglich für sie, zumal die Erhöhung der Mieten eine allgemeine Preissteigerung zur Folge hat. Aus praktischen Gründen darf das Mieterschutzgesetz nicht aufgehoben werden; angebracht hat es den Neubau benachteiligt. Die alleinige Ursache war aber, daß infolge der Geldknappheit des Privatkapital kein Geld zur Verfügung hatte. Was die Wohnungsbaubehode betrifft, so war sie ein Fehlschloß; nicht die Idee oder das Verfahren waren daran schuld, sondern die Inflationzeit. Die Mietssteuer nannte der Redner die unsozialste aller Steuern, auch für die Neubautenförderung könne sie nicht in Betracht. Die alten Häuser werden künstlich in schlechtem Zustande erhalten; beispielsweise nahm ein Neuköllner Hauswirt fünfzehnhundert Mark Reparaturen, jeder ein, wovon er nur hundert Mark verausgabte. Dieser Fall ist charakteristisch für die angebliche Not der Hausbesitzer, die gar nicht den Tatsachen entspricht; sie haben ihre „Sub-

stanz“ nicht nur erhalten, sondern sogar vermehrt, im Gegensatz zu den Rentnern. Obwohl nur 8 Proz. der deutschen Bevölkerung Hauseigentümer sind, verfügen sie über eine bessere Organisation. Die Organisation der Mieter muß deshalb eine Noth werden, zu welchem Zwecke die Protestwoche im ganzen Reich veranstaltet worden ist. Die sich gegen die Spekulantenswirtschaft im Wohnungswesen richtende bekannte Entschloßung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Mieterprotest in Lantow. Der Reichsbund deutscher Mieter u. V. Ortsgruppe Berlin-Lantow veranstaltete am Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant „Lantow“, Lantow, Kaiser-Wilhelm-Str. 29-31, eine öffentliche Protestversammlung im Rahmen der Allgemeinen Deutschen Mieterprotestwoche mit dem Thema „Schutz des Mieterrechts“. In Friedenau fand am Dienstag, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Brauerei-Kaufhaus eine große Mieter-Protestversammlung statt. Referent: Otto Theele. Vorsitzender des Mietervereins, Heinz Altgarten. Mieter, erscheint in Massen!

Weißer Linien auf dem Fahrdramm.

Polizeiliche Neuregelung des Straßenverkehrs.

Das Berliner Polizeipräsidium hat eine neue Polizeiverordnung herausgegeben, die sich auf die Neuregelung des Berliner Straßenverkehrs bezieht. Die Verordnung soll vor allem dem Schutz der Fußgänger dienen und zu diesem Zweck nach Möglichkeit für die an Schienen gebundene Verkehrsmittel, für die Fahrzeuge und die Fußgänger deutlich erkennbare getrennte Bahnen schaffen. Dies soll in erster Linie durch weiße, auf dem Fahrdramm gezogene Linien erreicht werden, aus denen sich ergibt, was als Schutzweg, als Schutzinsel oder als Parkplatz anzusehen ist. Durch eine weiße Linie auf dem Fahrdramm wird ferner an den Haltestellen der Straßenbahn der innewahaltende Abstand von einem Meter markiert und durch einen Querschnitt zwischen den Gleisen dem Wagenführer genau vorgezeichnet, wie weit er vorfahren darf. Zur Ausführung der Linien wird ein Farbmateriale verwendet, das auch bei unglücklicher Witterung große Haltbarkeit besitzt. Im übrigen soll eine geordnete Regelung des Verkehrs in ganz Berlin durch einheitliche, leicht erkennbare Signale eingeführt werden. Die neue Verordnung ist dem Berliner Magistrat mit dem Ersuchen um Zustimmung zugegangen.

Doppelt verheiratet und doch keine Frau.

Veinliche Folgen einer großen Vergeßlichkeit.

Daß jemand völlig vergessen hat, daß er bereits einer Frau vor dem Standesamt für das Leben angetraut worden ist, dürfte wohl noch nicht vorgekommen sein. Und doch brachte der wegen Doppelmeh angeklagte Hilfsarbeiter St. vor der Strafkammer des Landgerichts diesen Entschuldigungsgrund für seine strafbare Handlungsweise vor.

Der Angeklagte hatte sich in einer Garnisonsstadt Kriegstruppen lassen und war schon nach drei Tagen ins Feld gerückt. Seitdem hatte er sich um die ihm angetraute Gattin nicht mehr gekümmert. Er hat von der Frau nichts gehört und nichts gesehen, und sie nicht von ihm. Als er nach drei Jahren aus dem Felde zurückkam, verheiratete er sich in Berlin wieder. Seine Vergeßlichkeit ging aber nicht so weit, daß er nicht wußte, daß er nicht der Vater der in der Zwischenzeit von seiner ersten Frau geborenen drei Kinder sei. Als er wegen dieser Kinder von der Frau in Anspruch genommen wurde, sagte er auf Ehescheidung. Die Ehe wurde dann auch geschieden, aber gleichzeitig kam heraus, daß S. eine Doppelmeh geschlossen hatte. Diese zweite Ehe ist nunmehr auch für nichtig erklärt worden, so daß der Mann mit den zwei Frauen jetzt keine Frau besitzt. Sein Verhalten entschuldigte er, wie gesagt, mit seiner großen Vergeßlichkeit, die die Folge einer Verschüttung sei. Es sei ihm ganz aus der Erinnerung geschwunden gewesen, daß er schon verheiratet war, als er sich zum zweiten Male verheiratete. Da der Angeklagte sich sehr rühmlich zeigte und auch sonst über ein tadellostes Benehmen verfügte, beantragte Landgerichtsdirektor Langels den Fall sehr milde und erlennt gegen den Angeklagten nur auf 1 Jahr Gefängnis. Ueberdies wurde ihm für den Rest der durch die Untersuchungszeit noch nicht verübten Strafe Bewährungsfrist gegeben und er wurde aus der Haft entlassen.

„Sie konnten nicht länger leben“.

Gemeinsam verstarben gestern nachmittags ein 20-jähriger Arbeiter Hans S. aus der Wassertröster, 64 und seine Geliebte, eine 18-jährige Hildegard M. aus der Frankfurter Allee 134 aus dem Leben zu scheiden. Ihre Eltern waren gegen eine eheliche Verbindung. Daher glaubten die beiden nicht länger leben zu können. Gestern gegen mittag schraubten sie in der Wohnung des S. eine Gaslampe ab und ließen sich wieder, um den Tod zu erwarten. Es strömte jedoch nicht genügend Gas aus. Um 7 Uhr abends erwachte der junge Mann und sah das Mädchen regungslos liegen. Jetzt tat ihm der Schrittl leid. Er schlug eine Fensterleiste ein, um das Gas abzugeben zu lassen und rief zugleich um Hilfe. Hausbewohner benachrichtigten die Feuerwehr. Sie rief auch das Mädchen ins Leben zurück und brachte es nach dem Krankenhaus in der Giesbener Straße.

Der sofortige Bau der letzten vier Liegehallen in der Kinderheilanstalt Such, ferner die Herstellung einer Fahrbahn zu diesen Liegehallen und die Instandhaltung des Hauses XIV sind vom Magistrat soeben genehmigt worden. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 110 000 M. wurden aus Ueberflüssen von 1923 bewilligt.

Die Sendepost im Ausland. Generalpostdirektor Erich Reiber hat für die erste Sendung der Sendepostämter im Berliner Ausland die maßgebliche Leitung übernommen. Die nachlässige Ober-Regierung von Mozart wird am Sonnabend, den 1. November, direkt aus dem neuen Senderaum der Post-Station A. 10 verbreitet.

Das Ambulatorium für Stimm- und Sprachstörungen der 2. Halb. (Kolon), Oberamt der Charité, Antenstr. 13, das ein halbes Jahr geschlossen war (Leiter Dr. Junken), ist am 1. Oktober wieder geöffnet worden. Sprechstunden Freitag, Donnerstag, Sonntag 1-3 Uhr.

Stimmen der Wöcker. Professor Dr. Wilhelm Doegen, der weiterhin Direktor der Abteilung der Preussischen Staatbibliothek, Berlin, hält im Verbande Groß-Berliner Ortsgruppen des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens u. V. 3 große öffentliche Vorträge über „Stimmen der Wöcker“ unter Vorsitz von jüdischen Wissenschaftlern und Laienanhängern. Die Veranstaltungen finden statt am Dienstag, den 28. Oktober, in den Spieltheatern, Spichernstr. 3, Donnerstag, den 30. Oktober, im Großen Saal des Lehrervereins, Alexanderstr. 41, Donnerstag, den 6. November, im Oberlichtsaal der Philharmonie, Bernburger Str. 22/28, Beginn 8 Uhr. Unkostenbeitrag 1 Mt.

21 Personen im Schneesturm ertrunken.

Reuter meldet aus Stockholm, daß der schwedische Dampfer „Julgia“ der Svanen-Land-Linie während eines Schneesturmes bei Dorelund gesunken ist. Die Besatzung in Höhe von 21 Personen ist ertrunken.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einsendungen für diese Rubrik sind
Dez. 11. 28. 29. Habentr. 2.
Nach an das Bezirkssekretariat,
2. Hof, 2. Trepp. rechts. zu richten.

- 12. Kreis Städt. Bibliothek, Postamt, Mittwoch, 30. Oktober, abends 8 Uhr, Kreisversammlung an bekannter Stelle.
- 13. St. Die Bezirksleiter haben zu der am Freitag, den 31. Oktober, 7 Uhr, in der Schulhaus Reichensberger Str., Eds. Richter Str., stattfindenden außerordentlichen Wählerversammlung ein. Aufstellung der Kandidaten zum Kreis- und Landtag.
- 101. St. Trepp. Mittwoch, 29. Okt. 7 1/2 Uhr, Sitzung des Ausschusses der Parteien in der Bernauerstr. 125.

Gewerkschaftsbewegung

„Sofort und unmittelbar kämpfen.“

Das wird in der „Roten Fahne“ von den Gewerkschaften gefordert, ganz so, als hätten die Gewerkschaften die Parolen der kommunistischen Parteizentrale zu apportieren. Da die Weltrevolutionäre, die stets von den „Nichtsozialisten“ fordern, zu kämpfen, sich darüber klar sind, daß sie den Gewerkschaften nichts zu befehlen haben, fordern sie ihre Genossen auf, „ihre ganze Energie einzusetzen, um die steigenden Lohnbewegungen in allen Industriezweigen zu steigern und aktive Kämpfe zu erzwingen. Lohnkämpfe entlarven die Reformisten, steigern die Aktivität der Massen und sind daher auch bei den Wahlen die beste Propaganda für die revolutionäre Partei, für die Kommunisten.“

Bisher haben Lohnkämpfe noch stets die Kommunisten entlarvt, die beim Zusammenbruch der von ihnen erzwungenen Kämpfe am schnellsten laufen konnten, zurück in die Betriebe.

Die mit „Lohnkämpfe und Wahlbewegung“ überschriebene Lügenkassette der „Roten Fahne“ läßt erkennen, mit welchen Waffen die KPD ihre Wahlpropaganda zu betreiben gedenkt. Die ganzen Redensarten gegen die „Gewerkschaftsbureaucratie“, all die durch und durch verlogenen Unterstellungen lassen nur allzu deutlich den Kerger erkennen, daß die KPD, in den Gewerkschaften ausgespielt hat und ihre Pläne bereitet sieht, die Gewerkschaften als Werkzeug für ihre Putschaktion zu gebrauchen.

Wer den Proletariern in Wirklichkeit bisher stets goldene Berge versprochen hat, das sind die Kommunisten, die nicht einen einzigen positiven Erfolg zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmerschaft aufzuweisen haben, ja nicht einmal die Absicht haben, irgendwie zur Verbesserung beizutragen, weil dies „reformistisch“ wäre. Wir bleiben „reformistisch“ und lassen die Maulrevolutionäre bei ihren deutsch-nationalen Bundesgenossen.

Lohnverhandlungen der Buchdrucker.

Die auf heute vormittag angelegten Lohnverhandlungen der Buchdrucker sind nach kurzer Sitzung an der ablehnenden Haltung der Prinzipale gescheitert. Der jetzt bestehende Lohn sei ausreichend und soll bis zum 31. Januar 1925 bestehen bleiben. Die deutlich erkennbare Taktik geht dahin, den Lohnstreit vor das Reichsarbeitsministerium zu bringen. Die Gewerkschaft erklärte, daß sie die Anrufung des Reichsarbeitsministeriums den Unternehmern überlasse.

„Betrogene Betrüger“.

Zu den Ausführungen unter dieser Ueberschrift in Nr. 502 des „Vorwärts“ schickt uns der darin erwähnte Betriebsrat Müller eine Berichtigung, worin er behauptet:

„Unwahr ist der Inhalt folgenden Satzes: „Die Betriebsversammlung der Bm 42 Rummelsburg wurde einberufen von dem kommunistischen Betriebsrat Müller; natürlich ohne Wissen des Obmannes, weil dieser dem DGB. angehört.“ Der Wahrheit entspricht folgendes: Daß 1. ich nicht Mitglied der KPD bin; 2. ich seit circa drei Wochen meinen Rücktritt als Betriebsrat erklärt habe und somit die Betriebsversammlung am 16. Oktober nicht einberufen konnte; 3. die fragliche Versammlung vom Betriebsrat Doba (Mitglied des DGB.) einberufen wurde, um zur Neuwahl des Betriebsrates Stellung zu nehmen. Die Bekanntmachungen für diese Versammlung sind von Doba persönlich unterzeichnet.“

Unwahr ist infolgedessen auch der im fraglichen Artikel enthaltene Satz: „Selbst die zu zwei Drittel anwesenden Unorganisierten waren empört über diese geschäftswidrige Handlung des Müllers.“

Doba habe sich einen Referenten des DGB. ohne vorherige Rücksprache mit den Kollegen verschrieben und die Betriebsversammlung habe mit 24 gegen 12 Stimmen beschloffen, diesen Referenten nicht anzuhören.

Unwahr ist weiter das folgende: Müller, in die Enge getrieben, erklärte, auch in Zukunft keinen Unorganisierten zu vertreten, und legte sein Amt nieder. — Wahr ist, daß alle Betriebsräte, außer Doba (Mitglied des DGB.), ihren Rücktritt circa zehn Tage vor der betr. Betriebsversammlung vollzogen haben. Alexander Müller.

Hierzu sei bemerkt:

Wahr ist, daß die betreffende Versammlung von dem Kapellen Müller einberufen wurde. Müller gab zu, Doba nicht informiert zu haben, weil dieser dem DGB. angehört und — Müller grundsätzlich nicht mit DGB.-Mitgliedern arbeiten wollte.

Unwahr ist die Behauptung, daß Müller bereits Ende November seinen Posten als Betriebsrat niedergelegt hat. In Wirklichkeit erfolgte die Drohung mit Amtsniederlegung in den ersten Tagen des Oktober. Der endgültige Rücktritt erfolgte in der Betriebsversammlung am 4. Oktober, weil Müller die früheren Freunde des DGB. (jetziger Schrecken) als wilde Horde bezeichnet. Im übrigen werden wir zu gegebener Zeit den Vorgang durch Einzelheiten belegen, um das Lügengewebe der Dohuffe endgültig zu zerreißen.

In dem Bericht ist auch ein Herr Kühne vom DGB. erwähnt. Der Genosse Wilhelm Kühne, Schöneberg-Undenhof, Friedhöfstr. 5, legt Wert darauf, mit demselben nicht verwechselt zu werden.

Generalversammlung der Böttcher.

In der Quartalsversammlung des Böttcherverbandes Berlin am Sonntag im Gewerkschaftshaus wurde das torifische Verhalten der Vereinigung der Groß-Berliner Arbeitgeber im Böttchergewerbe,

dessen Syndikus Dr. Dingeldey es versteht, auch die Berliner Böttchervereinigung vor seinen Wogen zu spannen, in schärfster Weise gekennzeichnet. Besonders einige Fasshändler weigern sich immer noch, den torifischen Stundenlohn von 95 Pf. zu zahlen. Die Versammlung beschloß einstimmig, auch diese Werkstätten sofort nachzuholen. Es wird deshalb eine Branchenparlamentierung der Fasshändler in den nächsten Tagen dazu Stellung nehmen. Nicht uninteressant ist es, zu erfahren, daß in der Bewegung gegen den Tarifvertrag auch ehemalige Kollegen, so der Böttchmeister Hans Guse, Berlin, Dunderstraße, als Schrittmacher der Fasshändler in die Erscheinung treten. Die Versammlung beschloß, diesen und ähnlichen Herren ein besonderes Augenmerk zu widmen. Der Bericht über den Bau Berlin wurde ebenfalls mit Interesse entgegengenommen. Besonders die Sabotage der Diegnitzer Regierungsinstanzen im dortigen Böttcherstreik rief stürmische Entrüstung hervor. Die Versammlung sprach der Diegnitzer Kollegenchaft ihre vollste Sympathie aus.

Vertragstreue der Potsdamer Tischlerinnung.

Die Holzarbeiter in Potsdam und Romowes arbeiteten bis zum 10. Oktober tariflos. Jeder Tischlermeister zahlte Lohn „nach Leistung“, d. h. wie es ihm paßte, genau so wie bis vor einem Vierteljahrhundert, als Lohnstarke im Holzgewerbe noch eine Seltenheit waren. Da sich aber eine gewisse Einheitsliebe als unvermeidlich erwies, beschloß die Innung, den Stundenlohn auf 65 Pf. festzusetzen. Dieser Beschluß wurde auch allgemein befolgt. Die Firma Pitzsch in Romowes jedoch hielt einen Lohn von 56 Pf. für ausreichend. Dieser Lohnsatz war vor etwa sieben Monaten zentral vereinbart worden, ist schon inzwischen durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten längst überholt.

Mitte Oktober wurde in zentralen Verhandlungen ein Abkommen getroffen, das eine Lohnzulage von 12 Proz. vorsieht, so daß der Lohn jetzt 72 Pf. beträgt. Die Innung für Potsdam, Romowes und Umgegend beschloß nunmehr, als Lohngrundlage 56 Pf. festzusetzen, so daß der Lohn trotz Zulage von 12 Proz. zwei Pfennige je Stunde geringer ist als vormals, anstatt 72 Pf. nur 63 Pf. beträgt. Die Vereinbarung bezüglich der Ferien besagt, daß den Arbeitern zwei Drittel der in diesem Jahre zu beanspruchenden Ferien zustehen. Damit hätten auch die Lehrlinge drei Tage Ferien. Doch davon wollen die Innungsherren ganz und gar nichts wissen; da sie den Lehrlingen eine recht lästige Kostgeldentziehung zahlen, sehen die Herren nicht ein, weshalb sie die Lehrlinge nicht auch um die drei Tage Ferien pressen sollen. Die Lehrlinge können sich ohnehin schlecht wehren, um so weniger, als die Holzarbeiter der Kreierei um acht Pfennige Stundenlohn ruhig zusehen. In einem Betriebe wurde die Arbeit eingestellt. Das hat natürlich wenig Zweck, solange nicht sämtliche Holzarbeiter ihrer Organisationsangehörigen und im Sinne des Holzarbeiterverbandes wirken.

Der übliche Schwindel.

Die Filialleitung Gera des Deutschen Textilarbeiterverbandes schreibt uns:

In Nr. 132 der „Roten Fahne“ vom 16. Oktober findet sich unter der Ueberschrift: „Macht's nach in allen Betrieben und Industriegruppen“, folgende Notiz im Fettdruck:

Gera, 13. Oktober.

„Die Betriebszelle der Textilfabrik Feistorn, Gera, meldet: Durch die intensive Arbeit der kommunistischen Gewerkschafter ist es gelungen, von den 289 beschäftigten Frauen circa 250 wieder in den Verband zurückzuführen.“

Wir erklären hiermit, daß bis jetzt 18 Personen wieder zurückgeführt sind, seitdem die Kommunisten ihre Zerstörungsarbeit durchgeführt hatten. Von den dort beschäftigten rund 270 Personen war der größte Teil trotz der kommunistischen Wühlerarbeiten der Organisation treugeblieben. Die Kommunisten gaben zwar Einzelnennungen zur Gründung einer neuen, kommunistischen Organisation heraus. Nur einzelne fanatische Kommunisten haben sich eingetragen. Nachdem nun der kommunistische Bankrott nicht mehr zu verdecken ist, wird die Öffentlichkeit beleugen; das soll die sogenannte „eifrige“ kommunistische Gewerkschaftsstatistik sein. Die Arbeiterschaft wird aus solchen Lügenmanövern die richtigen Schlüsse ziehen.

Gute Konjunktur in der Tschechoslowakei.

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei ist in den Monaten Januar bis Juli 1924 von 441 000 auf 85 000 Personen gesunken. Freilich sind auch 85 000 Arbeitslose in der Tschechoslowakei noch gerade genug. Immerhin ist die Besserung recht erfreulich.

Koalitions- und Streikrecht in Sowjetrußland.

Die kommunistische Presse schildert das Los der Arbeiter in Sowjetrußland stets in den rosigsten Farben und stellt es insbesondere in Abrede, daß das Koalitions- und das Streikrecht der russischen Arbeiter irgendwie beeinträchtigt werde. Demgegenüber braucht nur auf die jüngsten Petersburger Vorfälle hingewiesen zu werden.

Am 21. August traten die Petersburger Hafen- und Transportarbeiter in den Streik. Lohnindifferenzen und die von der Hafenbehörde in Aussicht genommenen Entlassungen sowie die unbefriedigenden Lohnabzüge für die Gewerkschaften waren der Grund. Etwa 8000 Arbeiter einschließlich der Eisenbahnarbeiter des Hafens legten die Arbeit nieder. Die Behörden gingen sofort mit allen Mitteln gegen die Streikenden vor. Zunächst wurde das gesamte Streikkomitee mit samt den Spitzenführern der Bewegung verhaftet. Der Hafen wurde in Ausnahmezustand erklärt und das gesamte Hafengebiet durch ein großes Polizei- und Truppenaufgebot

abgesperrt. Maueranschläge verboten unter Androhung des Waffengebrauches das Betreten des Hafens, die Unterhaltung mit den Posten und auch jegliche Ansammlung im Hafengebiet. Alsdann wurden kommunistische Arbeiter als Streikbrecher in den Hafen gebracht. Fünf Tage lang weigerten sich die Arbeiter, die Arbeit unter den alten Bedingungen weiterzuführen, erst am 25. August kam eine Einigung zustande, in der zwar eine 50prozentige Lohnaufbesserung versprochen, aber auch die Arbeitsnorm um 50 Proz. erhöht wurde. Die Streikführer befinden sich noch immer in Haft.

Und noch immer müssen die offiziellen russischen Regierungs-„Adten-Jahnen“ diesen Streik ableugnen. Das russische Sprichwort: „Lüge — aber mit Macht!“ wird eben grob mißbraucht, indem die unsozialistische Einschränkung mißachtet und die Lüge als Kampfmittel erklärt wird.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Morgen, Mittwoch, abends 7 Uhr, in den Wahren-Park, Habestraße 21, allgemeine Mitgliederversammlung. Stellungnahme zur Lohnbewegung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt Pflicht! Angelegte Jahrestesversammlungen fallen aus. Die Ortsvereine.

Aus der Partei.

Sächsischer Landesparteitag.

Am Samstag und Sonntag fand in Leipzig der sächsische sozialdemokratische Landesparteitag statt. Der erste Verhandlungstag war der Beratung des Organisationsstatuts gewidmet, über das Genosse Lipinski referierte. Nach eingehender Erörterung wurde das Statut mit einigen Abänderungen einstimmig angenommen. Am zweiten Verhandlungstage wurden die Fragen der sächsischen Landespolitik erörtert, die in den letzten Wochen zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Partei geführt hatten. Dem Parteitag lag zu dieser Frage eine Resolution vor, die nach einer kurzen Rede des Genossen Böschel einstimmig angenommen wurde. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Landesparteitag entscheidet sich für die sofortige Auflösung des Landtages. Die Landtagsfraktion ist verpflichtet, die Landtagsauflösung so zu betreiben, daß die Neuwahl des Landtages zusammen mit der Reichstagswahl am 7. Dezember stattfindet.“

Nachdem der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion und der Parteiaussschuß empfohlen haben, die Kandidatenlisten für die Reichstagswahl zunächst unverändert wieder gelten zu lassen, und nachdem der letzte Reichsparteitag in dem Sachsentumsturz erklärt hat, daß bei der Kandidatenaufstellung die bisherige Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwundenen Parteistreit nicht gewertet wird, empfiehlt die Landesversammlung, die bisherigen Abgeordneten wieder aufzustellen, soweit nicht im einzelnen Falle besondere Bedenken, insbesondere das Interesse der Partei, die Wiederaufstellung unmöglich machen.“

Nach Annahme dieser Resolution, durch die alle anderen Entschlüsse gegen zur Landespolitik erledigt waren, nahm der Parteitag einstimmig folgende, von den Landesinstanzen beantragte Resolution gegen die Klassenjustiz an:

„Die Rechtsprechung der sächsischen Gerichte hat den Charakter der sächsischen Justiz mit aller Deutlichkeit enthüllt. Auf Anweisung des sächsischen Justizministers wurden die Bucher- und Preisdreibeierorgane ganz allgemein amnestiert, während die Opfer dieser Wucherer und Preisdreiber schamlos bestraft worden sind, wie die zahlreichen Urteile wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs beweisen.“

Deshalb fordert der Landesparteitag schnellste Vorbereitung zu einer Amnestierung der politisch Verurteilten sowie jener, deren Verurteilung auf den durch die Militärbehörden und den Reichspräsidenten erlassenen Verordnungen beruht oder mit dem militärischen Einmarsch in Sachsen in Verbindung stehen. Singsgemäß fordert der Landesparteitag weiter die Rücknahme der noch schwebenden Prozesse.

Der Landesparteitag verpflichtet die Landtagsfraktion, mit aller Entschiedenheit für die Begnadigung Feigners zu wirken.“

Zum Schluß behandelte Genosse Fleißner in einem ausführlichen Referat die bevorstehenden Reichstagswahlen. Eine Diskussion fand nicht statt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde der Landesparteitag geschlossen.

Unsere Kandidaten in Franken.

Rürnberg, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Unter starker Beteiligung der Organisation aus dem Bezirk Franken fand am Sonntag in Nürnberg der Parteitag der fränkischen Sozialdemokratie statt, der sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl beschäftigte. Nach einem Referat des Genossen Hermann Müller-Franken wurde zur Kandidatenaufstellung geschritten. Der Vorschlag des Bezirksvorstandes, die Kandidatenliste vom 4. Mai unverändert gelten zu lassen, fand einstimmige Annahme. Demzufolge steht an der Spitze des Wahlvorstandes der SPD. im Wahlkreis Franken: 1. Hermann Müller-Franken, 2. Hans Vogel-Fürth, 3. Simon-Nürnberg, 4. Seidel-Hof, 5. Dr. Braun-Berlin, 6. Buchta-Bayreuth. Nach einem kurzen Referat des Genossen Endres-Nürnberg über die bayerischen Gemeindevahlen fand der in aller Eilmütigkeit verlaufene Parteitag nach einem anfeuernden Schlusswort des Genossen Treu-Nürnberg sein Ende.

Verantwortlich für Politik: Carl Reuter; Wirtschaft: Ernst Osterwald; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Calorn; Kultur: Dr. John Schifowski; Politik und Sonstiges: Fritz Kersting; Wissenschaft: Th. Glode; Kunst: Berlin; Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Undenstraße 2.



PAUL JUHL

Zentrale: Berlin-Pankow / Berliner Strasse 29

der Fehlfarben-Verkauf

hat begonnen!

Juhl-Zigarren sind in ca. 1000 Geschäften zu haben!

Um Jedermann
unsere eigenen Fabrikate
zugänglich zu machen,
geben wir jetzt auch
gegen bequeme Wochen- oder Monatszahlungen
**DAMEN - MÄNTEL
KLEIDER / KOSTÜME**
in bester Qualität zu billigsten Preisen!
(Sonnabends kein Kredit-Verkauf)
Oskar Wollburg
56 u. 57 Brunnenstraße 56 u. 57
Kredit-Abteilung.

Strickwesten
u. Jacken 8 75 12 50 17 50, reine Wolle
Ueber 500 Stk. v. d. kleinsten Kindergr.
bis zur größten Welle ständig a. Lager
Bleyles sämtl. Fabrikate
zu Originalpreisen.
Bruno Richter & Co., Fabr.-Nidgr.
Thüring. Wollwaren - Bin.-Pankow
Mühlenstr. 1, Ecke Breiße-Str.

Ischias
in Röhrl. Saft
und Honig, von
Dr. Zechlin
in 15 Tagen circa
schwere Fälle heiligt werden.
Konsultation: Dr. Zechlin,
Heiligung und Referenzen. Arztl. empfohlen.
Landsbergerstraße 106, 9-11, 1-4, Sonntag 10-12, Jandl.

Oefen
Eiserne Oefen
Kacheloefen
Kochherde
R. Zechlin
BERLIN C. 49
Alexanderpl. 49

Graue Haare
erhalten ursprüngliche Farbe u.
natürl. Jugendglanz durch uns
Haarfarbiewiederhersteller
„Youpla“
PL. M. 3.75
Nur eine Flüssigkeit. Frei von
allen schädlichen Bestandteilen
Kopp & Joseph, Parfümeriefabrik
Berlin P. 37

Bären-Stiefel
am
Teilzahlung
für Angestellte, Beamte
usw. in ungekündigter
Stellung. Preise der Stiefel
sind genau so günstig wie
bei Barzahlung.
Hans Bähr, Spittelmarkt 7 (vor der Brücke)